

Renten-Alarm im Weserbergland: Gewerkschaft fordert konkrete Antworten!

Am 23. Februar 2024 stehen im Weserbergland wichtige Bundestagswahlen an, die Rentenpolitik im Fokus. Die NGG fordert Reformen für faire Renten.



Hameln-Pyrmont, Deutschland -

Die Gewerkschaft NGG hat einen Aufruf an die Beschäftigten im Weserbergland gerichtet, sich im Vorfeld der bevorstehenden Bundestagswahl am 23. Februar 2024 aktiv mit den Kandidaten zu Renten- und Gehaltsthemen auseinanderzusetzen. Laut dem Bericht von [dewezet.de](https://www.dewezet.de) sind derzeit rund 36.800 Menschen im Rentenalter im Landkreis Hameln-Pyrmont gemeldet, wobei bis 2035 mit einem Anstieg auf 42.000 Personen zu rechnen ist. Diese Entwicklung legt eine Zunahme von rund 14 Prozent nahe.

Besonders im Kreis Lippe ist eine signifikante Zunahme der Menschen im Rentenalter festzustellen. Aktuell stehen dort 77.100 Personen im Rentenalter, diese Zahl könnte bis 2035 auf 90.800 steigen. Auch im Landkreis Holzminden wird ein Anstieg der über 67-Jährigen um 13 Prozent bis zum Jahr 2035 prognostiziert. Die NGG äußert Besorgnis über zu niedrige Renten und fordert ein Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. Das Ziel der Gewerkschaft ist es, dieses Niveau auf 50 Prozent und darüber zu steigern.

Rentenpolitik und zukünftige Entwicklungen

In Bezug auf die zukünftige Rentenpolitik haben Parteien wie die AfD und das BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) ihre Rentenpläne skizziert, die ein zentrales Thema im Kontext der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 darstellen, wie rentenbescheid24.de berichtet. Die AfD plant umfassende Reformen des Rentensystems, die unter anderem die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in die Rentenversicherung zum Ziel haben. Zudem sollen Anreize für eine längere Lebensarbeitszeit geschaffen werden.

Das BSW verfolgt das Ziel, ein solidarisches Rentensystem aufzubauen, welches alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenkasse einbezieht. Es wird ein Rentenniveau von 53 Prozent und eine Mindestrente von 1.500 Euro für langjährig Versicherte angestrebt. Auch eine sofortige Rentenerhöhung um 120 Euro pro Monat wird gefordert. Beide Parteien sind sich einig, dass die Reduzierung von Altersarmut eine hohe Priorität hat, unterscheiden sich jedoch in den Ansätzen zur Finanzierung und den spezifischen Maßnahmen.

Details	
Vorfall	Wahlen
Ort	Hameln-Pyrmont, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.dewezet.de• rentenbescheid24.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de